

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 91

Erscheint Montags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2.15 M., in Württemberg 2.20 M., vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 26 Pfg. die Pettizeile. Bei Inseraten, wo Ankündigung in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 300

Montag, den 23. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

Vertrauen.

Vah Sehnsucht steht an deiner Seele Toren!
Sie wache still, wie Dicken auf dem Feld;
und sieh empor, daß die aus jener Welt
die Kunde wird: dein Heimatland ist geboren!
Marie Sauer.

Wochenrundschau.

Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte ist am vorigen Montag im Saal des preussischen Abgeordnetenhauses zu Berlin zum ersten Mal zusammengetreten, das erste Parlament der Revolution, dem bei der heutigen Verteilung der politischen Macht die Bedeutung eines wichtigen Faktors zukommt. Der Saal ist bis zum letzten Platz besetzt; unter den Mitgliedern machen die Vertreter der Soldatenräte aber nur ein schwaches Drittel aus, auch einige wenige Frauen sind anwesend. Der erste Tag verlief ziemlich bewegt; schon aus dem Bericht des Mitglieds des Volkstagesrats Richard Müller trat der trotz aller Vereinbarungen noch kräftig fortlebende Gegenstand zwischen Volkstagesrat und Rat der Volksbeauftragten deutlich in die Erscheinung. Die Angriffe Müllers und mehr noch die Redebeiträge auf Ebert und Scheidemann riefen mehrfach leidenschaftliche Proteste bei der Mehrheit der Delegierten, die hinter Ebert und Scheidemann steht, hervor. Aber diese Wortgefechte genügten Herrn Liebknecht noch lange nicht. Er und Rosa Luxemburg sind nicht nur fanatische Köpfe, sondern auch geschickte Machter. So erschienen denn am zweiten Tag mitten in den Verhandlungen etwa 30 Soldaten in Sitzungssaal, ausgerüstet mit roten Fahnen und Plakaten, auf denen die Namen der verschiedenen Berliner Regimenter prangten, und verlangten „im Namen der Berliner Garnison“, daß der Kongress sofort über eine Reihe radikaler Forderungen, die vorgelesen wurden, Beschluß fasse. Oben auf der Tribüne aber sah Herr Liebknecht mit Frau Gemahlin und schaute mit vergnügten Sinnen auf den fürchterlichen Tumult, den sein geistreicher Einfall im Saal hervorgerufen hatte. Die angebliche Deputation der Berliner Garnison zog sich schließlich unter großem Lärm zurück, nachdem beschlossen worden war, daß über die „Anträge“ am nächsten Tag abgestimmt werden sollte; sie drohte aber, wenn ihre Forderungen (Bewaffnung des Proletariats, Entwaffnung der Offiziere u. a.) abgelehnt würden, so werde der Streik von 250 000 Arbeitern Berlins ihrem Begehren den nötigen Nachdruck verleihen. So kam der dritte Tag. Und siehe da, mitten in die Beratung kam die Garnisonsdeputation mit ihren Fahnen usw. wieder hereingelockt und trug neue oder umgeänderte Forderungen vor. Und drohen sah wieder der Herr Liebknecht. Das war doch starker Tabak. Natürlich wieder große Aufregung; mit geballten Fäusten standen sich die Gegner gegenüber. Draußen auf der Straße standen ein paar tausend Arbeiter, die verabredetermaßen sich dem „Zug der Dreißig“ angeschlossen hatten. Der Vorsitzende Leinert verlor aber die Ruhe nicht. Er sagte, für etwaige weitere Deputationsbesuche werde ein besonderer Saal im Hause bereit gehalten, die Sitzung selbst aber dürfe nicht mehr gestört werden. Der Hovod war verfehlt und die Dreißig zogen mit langen Gesichtern ab. Hinterher stellte sich, wie die Blätter berichten, heraus, daß die Deputation gar keine Deputation war. Die Berliner Truppen wußten von der Sache gar nichts. Mit berechtigtem Horn schreibt daher der „Vorwärts“ (Scheidemann): „Die Wache einer kleinen Gruppe ist am Werke, Deutschland in ein Tollhaus zu verwandeln. Das Vorgehen scheint darauf gerichtet zu sein, den Kongress zu sprengen. Es besteht die Gefahr, daß der ganze Regierungsapparat sich auflöst und die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen abgebrochen werden, weil keine verhandlungsfähige deutsche Regierung da ist.“ — Am vierten Sitzungstage konnte endlich in Ruhe gearbeitet werden. Die wichtigste Arbeit ist die Entscheidung über den Antrag, die Wahlen zur Nationalversammlung nicht am 16. Februar, sondern schon am 19. Januar 1919 vorzunehmen. Und dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben. Eine befriedende Tat!

Was sonst im Reich vorging, ist nicht erhebend. Im Ruhrgebiet sind einige Tausend Arbeiter in den Ausstand getreten auf Verhegung der Spartakus-

gruppe; der Mahnung des Rates der Volksbeauftragten, jetzt mit doppelten Kräften zu arbeiten, bleibt ungehört. In Berlin werden 70 000 Arbeitslose gezählt und zwei oder drei Stunden vor Berlin verlaufen Kartoffeln und Rüben im Boden, weil niemand da ist, der sie in die Scheuern bringt. Auch von dem, was um uns herum vorgeht, hören wir nicht viel Gutes.

Zwar haben die Finnländer den letzten abziehenden deutschen Truppen, die ihnen unter dem tüchtigen General von der Goltz die Freiheit und die Befreiung von der blutigen Gewaltherrschaft des Bolschewismus gebracht haben, einen Abschied voll des herzlichsten Dankes bereitet. Mit gemischten Gefühlen sahen die Bürger des Landes der tausend Seen die durch alte Interessengemeinschaft lieb gewordenen Deutschen die Schiffe besteigen. Gestürzt auf die deutsche Freundschaft und den Schutz der deutschen Macht konnte das Land hoffen, seine in opfervollem Kampf errungene Selbständigkeit behaupten zu können. Die deutsche Ohnmacht wird es in die Hörigkeit Englands zwingen, das rüftig daran geht, seine Herrschaft über die Meere auf die Ostsee auszudehnen und seinen maßgebenden Einfluß in den Ostseeländern zu begründen. In dem neuen Staat Polen wird ein Verantwörter des befreundeten und verbündeten Englands ersehen, nachdem die polnische Regierung unter nichtigen Vorwand den deutschen Gesandten Grafen Kehler des Landes verwiesen und die diplomatischen Beziehungen zum Reich abgebrochen hat. Auch Polens Freiheit und Selbständigkeit ist mit Strömen edelsten deutschen Bluts erkauft worden, aber nur weisfremde Menschen konnten vor in Polen so etwas wie Dank erwarten. Sie müssen! Gelegenheit jetzt aus, Deutschland so viel wie möglich zu schaden und ihm ganze Provinzen wegzunehmen. Im deutschen Osten spielen sie sich schon als die Herren auf. So hat die polnische Regierung dieser Tage die Wahlbezirke für die verfassunggebende Versammlung Polens ausgeschrieben und in ganz ungenierter Weise den Provinzen Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen eine gewisse Anzahl von Sitzen in der polnischen Nationalversammlung zugeteilt. Deutschland steht machtlos da und muß zusehen, wie man ihm ein Stück um das andere vom Leibe reißt. Noch schmählicher ist das Verhalten der „edlen“ Ungarn, der früheren Freunde und Verbündeten des Reichs. Die Armees Madensens, die aus Rumänien zurückkehrte, wurde beim Betreten des ungarischen Bodens als eine feindliche Armee behandelt. Die 170 000 Mann mußten die Waffen ausliefern und auch sonst wurden sie auf jede Weise schikaniert. Den Generalfeldmarschall von Madensen selbst lockte man mit seinem Stab von Offizieren von seiner Armees weg und nahm ihn in Budapest gefangen. Er ist jetzt in einem Ort in der Nähe von Budapest interniert. Wir haben in den letzten Wochen manches Beschämende erfahren und erdulden müssen, aber der ungarische Verrat ist das Niederträchtigste, was uns angetan wurde. Das ist der Dank dafür, daß Madensen Ungarn dreimal aus der größten Not befreit hat! Die russischen Bolschewisten, die uns sonst ihre angebliche Freundschaft aufdrängen wollen, hätten es auch nicht nötig, bei der deutschen Räumung des Ostens die Rolle des Marschalls Foch zu spielen. Der geschlossene Friede ist für sie nicht mehr vorhanden. Sie machen uns hart zu schaffen; Ebert sagte auf dem Reichstagskongress der Arbeiter- und Soldatenräte, unser Ostsee steht vor der Gefahr des Zusammenbruchs. Hoffentlich ist das zu schwarz gesehen und gelingt es der übermenschlichen Anstrengung der Obersten Heeresleitung, unsere Truppen in Ordnung vollends über die Grenze zu bringen. — Im Westen legt uns Marschall Foch unbarmherzig immer neue Lasten auf und jeder Tag bringt beinahe andere Gebote und Verbote. Der Vernichtungswille der Feinde geht so weit, daß nach einer Londoner Meldung bereits auf die neutralen Nachbarstaaten Deutschlands eingewirkt wird, in den nächsten zwei Jahren nach Friedensschluß nur solche Waren von Deutschland zur Weiterbeförderung zu kaufen oder zu übernehmen, die von den Verbandsmächten zugelassen werden. Das läuft natürlich auf eine vollständige Knebelung unseres wirtschaftlichen Verkehrs mit dem Ausland hinaus. Denselben Sinn hat die neueste Anordnung, daß Deutschland über seinen Staatschatz nicht mehr frei verfügen darf und zu jeder Abgabe von Gold ins Ausland die Genehmigung des Verbands einzuholen hat. Da wir bei den gegenwärtigen Verhältnissen Waren gar nicht oder nur in geringem Umfang ausführen können, so müssen wir ja die

so dringend nötigen Lieferungen aus dem Ausland in Gold bezahlen. Dürfen wir aber über unser Gold nicht mehr frei verfügen, so hat die Einfuhr ein Ende oder doch die Grenze an dem, was uns der Feind auszugeben gestattet. Wir werden also, solange diese Maßregel besteht, in der Hauptsache nur noch solche Waren vom Ausland beziehen können, deren Ankauf uns der Feind bewilligt. Selbstverständlich erhält der deutsche Kredit im Ausland dadurch einen schweren Stoß und die gesunkene deutsche Valuta kann sich mindestens nicht erholen. Wir werden für das, was wir kaufen, dem Ausland weiterhin „Kriegspreise“ zu bezahlen und so den doppelten Schaden haben. Es ist gerade so, wie wenn eine Person — etwa wegen Verschwendung — gerichtet! — unter Kuratel gestellt wird.

In der Ukraine hat der deutschfreundliche Hetman Skoropadski abdanken müssen. Die deutschen Truppen in Kiew konnten ihn nicht mehr stützen, nachdem der Süden der Ukraine von Engländern und Italienern besetzt worden war. Und noch ein anderer Staatslenker, der Deutschland seine Freundschaft bewahrt hat, ist gestürzt. Der Präsident der portugiesischen Republik, Paes, ist von bezahlten Gesellen ermordet worden. In Spanien ist der deutschfreundliche Minister Romanones wieder aus Madrid gekommen, von dem er verdrängt worden war, nachdem er seinerzeit die spanische Neutralität durch unverhüllte Begünstigung des Verbands in Mißkredit gebracht hatte. Die erste Tat in seiner neuen Regierung war, daß er die Abberufung des deutschen Botschafters von Madrid verlangte, weil dieser angeblich Spionage betrieben habe. Es ist schwer einzusehen, was dormalen deutsche Spionage in Spanien für einen Zweck haben soll.

Das Schicksal des Kaisers Wilhelm liegt noch im Dunkeln. Die feindliche Presse verlangt die Auslieferung und Bestrafung des Kaisers und aller Deutschen, die am Kriegsausbruch Schuld tragen. Englische Minister sprachen davon in ihren Wahlversammlungen. Ja, wenn man die wirklich Schuldigen fassen und bestrafen wollte, so müßte man sich doch wohl an andere Adressen wenden. Aber je beharrlicher die Forderung der Auslieferung und Bestrafung erhoben wird, um so mehr wird die Welt — nach einem bekannten und bewährten Grundsatz der Rhetorik — zu der Ueberzeugung gebracht, daß wirklich Deutschland den Krieg heraufbeschworen habe. In Holland und bei dessen mütterlicher Königin Wilhelmine macht der Kunstgriff aber offenbar noch nicht die gewünschte Wirkung. In einer Staatsratsitzung wurde, anscheinend auf einen förmlichen Antrag der Entente hin, entschieden, daß Holland die Auslieferung verweigere und daß es sein ihm völkerrechtlich zustehendes Gastrecht nicht antasten lasse. Der Beschluß gerichtet Holland und seiner Königin zur Ehre. Es ist nicht das erste Mal, daß Königin Wilhelmine dem siegestrunkenen England ihr Gastrecht abtrübt. Als der alte Onkel Paul, der Präsident der südafrikanischen Burenrepublik Kruger, nach langem rühmlichem Kampfe das Land vor der eindringenden Briten verlassen mußte, da sandte ihn Königin Wilhelmine ein holländisches Kriegsschiff zu ihm mitten durch die englischen Blockadeschiffe nach Holland. Und die Engländer wagten nicht die Fahrt zu stören. Kaiser Wilhelm hat vielleicht in seiner jetzigen Einsamkeit schon manchmal an den Präsidenten Kruger und seine gastliche Aufnahme in Holland gedacht. Vielleicht hat er es auch schon berent, damals den Flüchtling, als er an seiner Pforte ankloppte, abgewiesen zu haben. Auch Kaiser Wilhelm wird hoffentlich dem, daß der Feinde nicht ausgeliefert werden. Es wäre eine Würdelosigkeit, wie Mg. Hannemann jüngst in einer Versammlung in Göttingen trübte und sagte, wenn Holland ihn ausliefern würde, aber wäre eine noch größere Würdelosigkeit, wenn eine deutsche Regierung jemals ihre Zustimmung zu seiner Auslieferung geben würde.

Berlin, 21. Dez. Am Dienstag abend forderten die Truder der Firmen Scherl, Wilsch und Wöhe eine Erhöhung ihres Wochenlohns von 79 auf 120 M. Die Geschäftsvertreter der Firmen wollten vorläufig 15 Mark Wochenzulage gewähren und forderten die Annahme dieses Angebotes in 5 Minuten. Eine Verständigung erfolgte nicht, daher sind heute früh keine Zeitungen erschienen. Auch heute abend erschienen Zeitungen der genannten Bezirke nicht.



Zur Schuldfrage.

Berlin, 21. Dez. In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Volkenspiegelers“ sprach der frühere deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Schön, über die Vorgeschichte des Krieges. Er jagte u. a., das französische Volk habe zweifellos 1914 den Krieg nicht gewollt; aber es bestand in Frankreich eine Kriegspartei, die schließlich die Oberhand gewonnen hat. Frankreich sei wohl vorbereitet gewesen und unbedeutend ohne Jögern in den Krieg gegangen. Erst seit Kriegsausbruch wisse er, daß auf Drängen des Generals Michel der Stadtrat von Paris im Januar 1914 einen Beitrag in Höhe von 100 000 Franken bewilligt hatte, um die Kehlversorgung von Paris im Kriegsfalle sicherzustellen. Im Mai 1914 schlug der französische Botschafter der Schweiz vor, sich von ihren Nachbarn Neutralität garantieren zu lassen und als Gegenleistung die Verpflegung der Verwundeten von den Kriegsführenden Staaten im Kriegsfalle zu übernehmen, wogegen Frankreich geneigt sein würde, der Schweiz die Getreidezufuhr auf seinen Bahnen zu sichern. Bei den Verhandlungen wußten dem französischen Militärattaché Major Pageot und dem schweizerischen Generalstab erklärte Pageot u. a.: Da die Ausgleichsversuche zur Befriedigung des deutsch-französischen Gegensatzes in Bezug auf Elsass-Lothringen erfolglos gewesen seien, müsse es schließlich einmal zu einer Auseinandersetzung kommen. Der Major hat unbedingt mit der Mitwirkung Russlands, Englands und mindestens mit der Neutralität Italiens gerechnet. Der Vorschlag des französischen Botschafters, daß im Kriegsfalle Frankreich die Getreidezufuhr nach der Schweiz zuzusichern wolle, habe dort Aufsehen erregt und eine Anfrage bei der deutschen Regierung veranlaßt, ob sie in der Lage sei, die ungehinderte Zufuhr von Getreide und Kohle zuzusichern. In Berlin sei die Tragweite dieser Anfrage wohl nicht richtig gewürdigt worden. Man glaube zu wenig an eine unmittelbare Kriegsgefahr, daß die Verhandlungen mit der Schweiz wegen Auslieferung des Kohlenabkommens erst für den Spätsommer in Aussicht genommen wurden. Während der Spannung des Balkankrieges schlug der Botschafter (Zehr v. Schön) dem französischen Ministerpräsidenten den Verzicht auf die gegenseitigen Rüstungen und ein friedfertiges Nebeneinanderleben vor, worauf Barthou mit der Forderung der Rückgabe Elsass-Lothringens antwortete.

Der Kongreß der A.- u. S.-Räte.

Berlin, 20. Dez.

(Schluß.)

Hilferding: geht in seinem Schlusswort auf die Frage der Sozialisierung der Großbetriebe ein. Die Sozialisierung des Bergbaues bedeutet nicht eine gewaltige Steigerung der Löhne, sondern die Schaffung des Bewußtseins, daß der Arbeiter auch für sich und nicht nur für die Kapitalisten arbeite.

Ein Antrag, durch den die Regierung aufgefordert wird, die für die Sozialisierung reifen Betriebe, in besonderem die Bergwerke, zu verstaatlichen, wird angenommen. Ebenso wird ein Antrag angenommen bezüglich Wundenlöhne und achtstündigen Arbeitstages für die Bergarbeiter bis zur Wiederaufnahme der Ein- und Ausfuhr, ferner eine Entschädigung, die die Erwartung ausdrückt, daß die Nationalversammlung als einen der ersten Punkte die Schaffung eines Heimstättengesetzes vornimmt.

Angenommen wird ein Antrag: 1. In den Garnisonen wird die militärische Oberkommandogewalt in ständiger Einvernehmung mit der militärischen obersten Kommandogewalt von den dortigen A.- und S.-Räten ausgeübt. 2. Militärische Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden vom Stabe der obersten Kommandogewalt mit einem Vertreter der Garnisonen erledigt.

Vebebour (Anab.): Wir haben nichts gegen ein Zusammenarbeiten mit der sozialistischen Partei. Eine Verschmelzung ist aber nicht möglich. Scheidemann, Obert und Landsberg sind zu mißtrouet. Mit ihnen ist es nicht möglich, zu arbeiten. Wenn die Masse der Arbeiter auf unserer Seite steht, dann ist die Zeit der Einigkeit da.

Scheidemann: Die Rede Vebebour's bedeutet eine Auspöschung der gegenseitigen Abneigung. Für die Arbeiter ist nichts gewonnen. Anstatt den Kapitalismus zu bekämpfen, jagen Sie die Arbeiterklasse auseinander. Die Antwort werden Sie am 19. Januar bekommen. (Bräulender Beifall, anhaltender Sturm. Beifall.)

Zum Schluß erhebt Lenin das Wort: Der Kongreß war das erste Parlament, auf das die Arbeiterklasse voll Erwartung gesehen hat. Die Fortführung und Sicherung der Revolution ist gewährleistet durch den Zentralrat und die Festlegung des Termins für die Nationalversammlung, die die Gewalt haben wird. Wir wollen verhindern, daß über die Errungenschaften der Revolution der Imperialismus Englands, Frankreichs oder Amerikas triumphiert. Wir wollen Deutschland frei machen von allen Bedrückern von innen und außen. Nicht Auslösung, sondern Wiedergeburt des deutschen Volkes heißt der Gedanke, dem wir dienen, nicht für den Kapitalismus, sondern für das ganze Volk.

Berlin, 20. Dez. Die zum Reichskongreß delegierten Kameraden der Ostroni veröffentlichten eine Erklärung, in der sie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung Russlands bekräftigen.

Die Umwälzung im Reich.

Hindenburg an das deutsche Volk.

Kassel, 21. Dez. In einem Aufruf, gegeben im Großen Hauptquartier, Wilhelmshöhe, Weihnachten 1918 läßt Hindenburg auf die gewaltigen Ereignisse des deut-

lichen Volkes zurück. Das deutsche Volk sei angetan, obwohl bis zuletzt gefürchtet und geachtet von dem Feinde. Den Offizieren komme unbestreitbar ein Voranteil an dem Ruhme zu. Es sei kleinliche Raube, ihnen die Abzeichen und die Waffen abzuspucken. Trotz mancherlei Krankheitserscheinungen, vereinzelter Fälle von Selbstmord, Eitelkeit und Unwahrhaftigkeit lehre das deutsche Offizierkorps aus dem Kriege ferngesund zurück. Seine Lebensaufgabe sei das Wohl der Gesamtheit. Darum habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um den Zusammenbruch unseres nationalen und wirtschaftlichen Daseins zu verhindern. Der Aufruf schließt mit der Mahnung, das Vermächtnis der Väter nicht zu vergehen.

Berlin, 21. Dez. General Eröner hatte eine Unterredung mit dem neuen Reichsvollzugsrat, dem er darlegte, unter welchen Voraussetzungen die Oberste Heeresleitung in der Lage wäre, im Amt zu verbleiben und die Abreise weiter bis zum Abschluß zu leisten. (Vermutlich handelt es sich um den Beschluß der Reichskonferenz, die Mangelverhältnisse zu beseitigen.) Die Verhandlungen über die Ausübung der Kommandogewalt haben nach der „S. Z.“ zu einer Verständigung geführt.

Republik Oberösterreich.

Breslau, 21. Dez. Die gesamten Zentrumsblätter Oberösterreichs veröffentlichten am 18. Dez. eine gleichlautende Erklärung betr. die Errichtung einer unabhängigen Republik Oberösterreich, deren Freiheit und Unverletzlichkeit von Deutschland, Polen und dem tschechischen Staat garantiert werden soll. Drei Abgeordnete wurden zu dem vork. Präsidenten der tschechischen Republik, Masaryk, nach Prag geschickt, der ihnen erklärte, daß die Tschechen selbst Anspruch auf gewisse Teile Oberösterreichs erheben, er sehe aber im übrigen der Errichtung einer Republik Oberösterreich freundlich gegenüber. Alles hänge von der Entente ab; er habe sofort einen Kurier nach Paris geschickt, um in der Frage Bescheid einzuholen.

Die preussische Landesversammlung.

Berlin, 21. Dez. Die preussische Wahlordnung lehnt sich eng an das Reichstagswahlgesetz an. Auf 100 000 Einwohner entfällt 1 Abgeordneter zur Landesversammlung. Es wären somit 401 Abgeordnete zu wählen.

Verletzung der Pressefreiheit.

Bremen, 21. Dez. Laut „Weeritz“ erschienen heute vormittag normiert mehrere Unabhängige des Arbeiterrates begleitet von bewaffneten Soldaten in den Geschäftsräumen der „Bürgerzeitung“ und erklärten, daß sie von heute ab den Betrieb übernehmen würden. Die bisherigen Leiter des Geschäfts und die Redaktion traten unter Protest von ihren Posten zurück.

Gegen die wirtschaftliche Abverwertung.

Düsseldorf, 21. Dez. Die nordwestliche Gruppe der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen richtete an die Waffensstillstandskommission in Spaa eine dringende Vorstellung, die Unterbindung der Zufuhr von Lothengestein und der Saarkohlen mache die Aufrechterhaltung der Hochleistungsmotoren unmöglich. Es seien nur noch für einen Monat Vorräte vorhanden. Dann müßten die Betriebe stillgelegt und Hunderttausende von Arbeitern entlassen werden. Auch die verlangte Lieferung von Koks und Manganerzen an Elsass-Lothringen und Frankreich müsse aufhören.

Frankreich verlangte monatlich 420 000 Tonnen Koks, 9000 Tonnen reines Manganerz und außerdem für die Besatzungstruppen 15 000 Tonnen Brennstoff, die auf deutschen Transportmitteln anzuliefern waren. Die deutsche Waffensstillstandskommission in Spaa erklärte dazu nur in dem Maße zustimmen zu sein, wenn eine entsprechende Gegenlieferung (Eisenerze, Kohlen usw.) erfolge. Der französische Vertreter bezeichnete dies als Ablehnung und verließ die Sitzung. Die Verhandlungen sollen am 23. Dezember in Luxemburg weitergeführt werden.

Berlin, 21. Dez. In der Waffensstillstandskommission in Spaa wurde von General Nudant bekanntgegeben, daß die Jagd innerhalb der neutralen Zone der Kontrolle der militärischen Polizeibehörde unterliege. Bezüglich der Internierung der Armee-Maschinen erklärte General Nudant, daß die Entwaffnung und Internierung dieser Truppe und des Generalfeldmarschalls im Auftrag des Marichalls Koch bestehen bleibe.

Der Rheinverkehr.

Berlin, 21. Dez. Der Vorsitzende der feindlichen Binnenschiffahrtskommission hat über die Beförderung von Gütern aller Art auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen, soweit sie in die besetzten Gebiete fallen, folgende Verfügung erlassen: 1. Jeder Schiertransport (Materialien, Rohstoffe, Lebensmittel usw.) ist unterjagt von Häfen des linken Rheinufers zu einem des rechten Rheinufers; 2. Die Transporte vom linken Ufer zum linken Ufer und von dem rechten Ufer zum linken Ufer dürfen vorläufig durchgeführt werden, ebenso die vom rechten Ufer zum rechten Ufer. — Jeden Tag vor 6 Uhr abends ist Bericht von den Schiffsbewegungen, den Leistungen der Umschlagplätze während der letzten 24 Stunden einzureichen. Die Schiffsbewegungen sind zu überwachen; 3. Der Schiffsverkehr von neutralen Ländern nach Rheinstationen ist bis auf weiteres erlaubt.

Ein „Schandgesetz“.

München, 21. Dez. Vor einigen Tagen wurde vom Ministerium für soziale Fürsorge eine neue Dienststellenordnung für Bayern herausgegeben. In der gestrigen Sitzung des Münchener Arbeiterrats wurde diese Verordnung als ein „Schandgesetz“ bezeichnet und die Zurückziehung des Gesetzes verlangt. Minister Unterleitner macht nun bekannt, daß er dem Arbeiterrat vollkommen zustimme. Die Verordnung sei ihm erst nach ihrer Veröffentlichung durch den Demobilisationskommissar (der zum Stadtrat ernannte soz. Abg. Segist) bekannt geworden. Er werde dafür Sorge tragen, daß dieses „Schand-

gesetz“ so bald wie möglich verschwinde und durch ein von sozialem Geist getragenes Gesetz ersetzt werde.

Rückkehr der Elsass-Lothringer.

Berlin, 20. Dez. Auf deutsches Drängen ist die französische Grenzsperrre über Elsass-Lothringen für die demobilisierten Elsass-Lothringer ab 14. Dezember aufgehoben worden. Die demobilisierten Elsass-Lothringer können jetzt in ihre Heimat zurückkehren.

Neues vom Tage.

Neubildung des Donauraums?

Wien, 21. Dez. Nach dem „Freundenblatt“ fragte die französische Regierung in Wien an, ob Deutsch-Oesterreich geneigt wäre, mit den anderen Teilen der früheren Donaumonarchie wieder ein einheitliches Zollgebiet zu bilden. Deutsch-Oesterreich antwortete, es sei grundsätzlich nicht abgeneigt, die Schwierigkeit liege aber bei den anderen Reichsteilen, namentlich Ungarn, das die Vorherrschaft haben möchte. Auch könnte die wirtschaftliche Vereinigung nur so verstanden werden, daß sie den etwaigen Verlust des Anschlusses Deutsch-Oesterreich an das Deutsche Reich nicht unmöglich mache. (Dann hätte der Plan für Frankreich kein Interesse mehr. Uebri-gens soll Italien bereits gegen die Vereinigung Einwände erhoben haben. S. Schr.)

Budapest, 21. Dez. Die rumänischen Truppen haben die Kohlenbergwerke von Petrofeneu und Hitol besetzt.

Die Internationale in Lausanne.

London, 21. Dez. Die britische sozialistische Partei wünscht eine Konferenz der Internationale, die vorläufig anfangs Januar in Lausanne zusammen-treten wird.

Das belgische Friedensheer.

Brüssel, 21. Dez. (Havas.) Einer Meldung zufolge nahm die Kammer einstimmig die Wehrvorlage an, wonach das Truppenkontingent auf 350 000 Mann im Kriege und 100 000 Mann im Friedenszeiten festgesetzt wird. Für das kleine Belgien ein ansehnliches Friedensheer!

Das amerikanische Friedensprogramm.

Paris, 21. Dez. Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ meldet, das Friedensprogramm sei dem Senatsausschuß in Washington übergeben worden. Die Hauptpunkte seien: Keine Entschädigung der Kriegskosten für alle Verbündeten, Ertrag der Schäden nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit Deutschlands und gleichberechtigte Aufnahme des Feindes in den Völkerbund.

Präsident Wilson und Frau werden auf Einladung des Königs Georg als dessen Gäste am 26. Dezember in London eintreffen. Wilson wird nach „Daily Mail“ in London über den Völkerbund und über die Notwendigkeit, den Feind mit Schonung zu behandeln, sprechen.

Paris, 21. Dez. (Havas.) Präsident Wilson hat heute gestern nachmittag dem König von Italien einen Besuch ab. Am Abend hatte er eine neue Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau.

Wilson's Reise nach England.

London, 21. Dez. (Reuter.) Wilson wird sich am Vor- und Nachmittag des 27. Dezember mit den britischen Ministern besprechen. Er wird zum Ehrenbürger von Manchester ernannt werden. Am 31. Dez. verläßt Wilson London.

Erkrankung des Kaiserpaars.

Berlin, 21. Dez. Die „Deutsche Ztg.“ meldet aus dem Haag, der Kaiser sei ernstlich erkrankt. Auch die Kaiserin liegt schwer krank darnieder.

Nach einem Privattelegramm der „Frankf. Ztg.“ aus dem Haag ist der Krankheitszustand der Kaiserin derart, daß sie wohl kaum das neue Jahr erleben wird. Sie hatte vor einigen Monaten einen Schlaganfall erlitten. Auch machte ihr Herzleiden während der letzten aufregenden Wochen, als die Auslieferungstrage in der Deshonestigkeit verhandelt wurde, starke Fortschritte, wozu eine Nerven-Erschütterung hinzukam, der den Zustand der Kaiserin auf das Bedenlichste beeinflusste.

Der frühere deutsche Kaiser ist ebenfalls ernsthaft erkrankt. Sein Ohrenleiden hat sich ebenfalls verschlechtert und es besteht die Gefahr, daß es auf das Gehirn übergreift. Bei dem Kaiser sind ebenfalls nervöse Erscheinungen als Folge der Aufregungen festzustellen.

Zehntägige Betriebseinstellung in Bayern.

München, 21. Dez. Wegen der Kohlennot sieht sich der Demobilisationskommissar gezwungen, eine 10-tägige Arbeitsruhe für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern und zwar vom 23. Dez. bis zum 1. Januar 1919 anzuordnen. Die betroffenen Arbeiter erhalten für den Verdienstausfall eine Entschädigung von 90 Prozent ihres Verdienstes auf Rechnung des Staats bzw. der Reichskasse.

Erhöhung des Kohlenpreises.

Essen, 22. Dez. Das rhein-westfälische Kohlenindikat erhöht vorläufig bis Ende Februar am 1. Januar 1919 die Richtpreise einschließlich Kohlen- und Umfräher für Kohlen und Brekett um 14,45 Mk. sowie für Koks um 21,7 Mk. für die Tonne. Den neuen Brekettpreisen liegt der jetzige Brekett zugrunde. Bei einer Steigerung des Brekettpreises würde sich der Brekettpreis entsprechend erhöhen. Die Preissteigerung wird mit der außerordentlichen Steigerung der Selbstkosten durch die Lohnverhöhungen begründet, welche den Vergleichen bewilligt werden mußten, bei gleichzeitiger Verkürzung der Schichtdauer.

Nur noch 9 Punkte.

Washington, 21. Dez. Im Senat schlug der republikanische Führer Lodge vor, 5 von den 14 Punkten Wilsons bis nach dem Schluß des Friedenskongresses

zu verlegen, nämlich, den Vollerwerb, die Freiheit der Meere, die Geheimdiplomatie, die wirtschaftliche Beschränkung und die Einschränkung der Rüstungen.

Aus den Kolonien.

Barth-Weiß, 16. Dez. (Meiter.) Minister De Witt erklärte auf dem Kongress der Diamantengraber, die britische Regierung beabsichtige Deutsch-Südwestafrika der Regierung der südafrikanischen Union auszuliefern. Diese sollte auch darüber zu Rate gezogen werden, was mit Deutsch-Südwestafrika zu geschehen habe.

Belgrad, 21. Dez. Die Vereinigung Montenegro mit Serbien ist amtlich bekanntgegeben worden.

(-) **Endingen Kaiserstuhl,** 21. Dez. In der letzten Zeit ist im Weinverlauf ein lebhafter Geschäftsgang zu verzeichnen. In Rotweil wurden für die Dm (160 Liter) Weißwein 300 Mk., für Rotwein 675 Mk. bezahlt, während man in Königshausen, Eichstetten, Bahltingen und Kallertdingen nur 180 bis 220 Mk. für die Dm erlöste. In der nächsten Zeit ist lt. „Preisg. Nachr.“ mit einem weiteren Rückgang der Weinpreise zu rechnen.

(-) **Wiesloch,** 21. Dez. Anlässlich der Eröffnung des Franziskanerklosters fand in Anwesenheit des Erzbischofs Dr. Körber, der Vertreter der Geistlichkeit der Stadt und der Arbeiter in der ehemaligen Biere-Pfarrkirche ein Hochamt statt, wobei der Erzbischof seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß nunmehr in Baden wieder Männerklöster zugelassen seien. Die seit 18 Jahren verlassene ehem. Pfarrkirche wird den Franziskanern als Wirkungsstätte dienen.

(-) **Bruchsal,** 21. Dez. Infolge der Einführung des Achtstundentags, der Lohnerhöhung und der steigenden Kohlenpreise ist hier der Gaspreis auf 23 Pfg. pro Kubikmeter erhöht worden.

Württemberg.

Sozialistische Landesversammlung.

(-) **Stuttgart,** 21. Dez. Der Landesvorstand der württ. Sozialdemokratie hat auf heute und morgen die Genossen zu einer außerordentlichen Landesversammlung nach Stuttgart einberufen. Der Vorsitzende Fischer leitete die Kundgebung, alle Kräfte gegen den Militarismus und gegen weitere Kriege einzusetzen. (Ausruf: Auch gegen den Kapitalismus!) Der Krieg habe die Sozialdemokratie in fast allen Ländern gespalten. Ministerpräsident Bloß ermahnte zur Einigkeit und Geschlossenheit gegen den äußeren und inneren Feind. Wenn es jetzt nicht gelinge, die Errungenschaften der Revolution festzuhalten, so werde die Gelegenheit, die die Weltgeschichte geboten habe, nicht so bald wieder kommen. In den ersten Wochen der Revolution hätten fast alle bürgerlichen Parteien die feierliche Versicherung abgegeben, sie würden sich auf den Boden der neuen Regierung stellen. Dies waren aber nur Redensarten. Die gesamte bürgerliche Presse verächtlich die neue Regierung. Die gewährte Pressefreiheit sei von ihr mißbraucht worden. Das sei aber kein Zeichen, daß die Regierung schwach sei. Er glaube, daß wir in dem Wahlskampf eine sozialistische Mehrheit erringen werden. Abg. Keil sagte: In einem Meer von Blut und Tränen sei das alte Deutschland untergegangen. Er hielt den Zeitpunkt des Werts der Revolution (9. November) nicht für günstig, weil da erst der Bankrott der alten Herrschaft angemeldet war. Es wäre vorteilhafter gewesen, wenn sich die Revolution in dem Augenblick vollzogen hätte, in dem der Niedergang des kapitalistischen Gewaltsystems mit all-

seinen Wirkungen den höchsten Punkt erreicht hätte. Die alte Regierung habe den Blick für die wirtschaftliche, physische und psychische Tragfähigkeit des deutschen Volks verloren. Für den Ausbruch des Weltkriegs machte der Redner die Entwicklung des Kapitalismus in allen Ländern der Welt verantwortlich. Kaiser Wilhelm habe es, jedoch während seiner 30jährigen Regierungszeit nie verstanden, in der Seele des eigenen Volkes und in der fremder Völker zu lesen. Die Sozialdemokratie bleibe für heute und alle Zukunft die Partei des Friedens. Mit der Monarchie sei es endgültig vorbei. Und wer es etwa wagen sollte, die alte militärische Herrschaft wieder aufzurichten, würde es mit dem entschlossenen Widerstand der großen Mehrheit des Volks zu tun haben. So schnell als möglich müsse die Volksvertretung und Volkregierung geschaffen werden, die die Ordnung auf demokratischer Grundlage wiederherzustellen haben. Eine Diktatur, komme sie von oben oder von unten, lehnen wir ab. Es wäre verkehrt, die Schmarotzer am Volke zu strafen; es sei vielmehr Aufgabe, sie zur politischen Arbeit heranzuziehen. Er würde den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reichsgebiet aufs freudigste begrüßen, wie auch die Einigkeit der deutschen Stämme gewahrt werden müsse. Die republikanische Staatsform müsse für Württemberg und das Reich bleiben. Die Arbeit bleibt das einzige Mittel, das deutsche Volk aus seinem Unglück zu retten. Das große Problem der Sozialisierung könne nur bei vollständiger Disziplin der Arbeiterschaft bewältigt werden; für gezwungene wirtschaftliche Experimente sei uns jetzt nicht geeignet. Man könne dem Sozialismus keinen schlechteren Dienst erweisen, als wenn man ihm die tabulierten Ideen aufzudrängen versuche. Eine schablonenhafte Forderung auch der großen Kriegsanleihezeichnungen würde den Bankrott sehr vieler Banken, der Gemeinden, Versicherungsanstalten usw. im Gefolge haben. Redner wandte sich dann gegen die anderen Parteien, vor allem die neugegründete Bürgerpartei und das Zentrum. Auch das Programm der neuen Deutschen dem. Partei fand keine Gnade vor den Augen des Redners; denn in dieser Partei haben sich Großfinanziers und Großindustrielle zusammengefunden, die auf dem Boden des kapitalistischen Wirtschaftssystems stehen. Die Rede Keils soll nach einem Beschluß der Versammlung in Druck gegeben und den Rednern als Richtlinien für die Wahlkämpfe in die Hand gegeben werden. Zum Schluß wurde die Aufstellung der Kandidaten zur Landes- und Nationalversammlung beiprochen.

(-) **Stuttgart,** 22. Dez. (Aus dem Parteileben.) Die Württ. Bürgerpartei schreibt: Die Partei betrachte es als ihre Aufgabe, wenn irgend möglich, eine Verständigung zunächst zwischen der deutsch-nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei auf nationaldemokratischer Grundlage herbeizuführen.

(-) **Stuttgart,** 22. Dez. (Aus dem Kriegsministerium.) Generalleutnant v. Hofacker ist zum Stellvertreter des Leiters des Kriegswesens ernannt worden.

(-) **Stuttgart,** 21. Dez. (Vom Soldatenrat.) Der Landesauschuss des Soldatenrats Württemberg hat bei der Reichsregierung beantragt, daß die Offiziere künftig keine Erlaubnis zur Verehelichung einzuholen brauchen. Es soll genügen, wenn die vollzogene Verehelichung dem Truppenteil mitgeteilt wird. Alle Mannschaften, die weniger als 6 Monate gedient haben — außer den Kriegsverwundeten —, haben ihre Entlassungsbüchlein wieder abzulefern. Der Papstreich wird auf abends 10 Uhr erschießt.

(-) **Würgach,** 21. Dez. (Frank.) Die große Scheuer des Bräunmeisters Schiele ist abgebrannt. Dabei sind 2000 Garben Getreide, 1500 Garben Roggen, 3 bis 100 Jentner Heu, 300 Jtr. Stroh, 140 Jtr. Rumpfung, 7 Wagen Kartoffeln, Maschinen, Geschirre usw. vernichtet worden. Innerhalb weniger Monate ist dies das dritte Schadenfeuer.

Deutsche demokratische Partei

Programme, Beitrittserklärungen
— schriftlich und mündlich —
Auskunft usw., bei der Geschäftsstelle
STUTTGART, Kl. Königsstraße 7, II. Stock.
Fernsprecher 3840 und 10 788.
Postfachkonto: STUTTGART Nr. 2501. 222225

Lokales.

Nachdem der zur Unterstützung der Kriegerfamilien hier gleich zu Anfang des Kriegs gegründete Hilfsverein seine restlichen Mittel für die Kriegspatenschaft der Kriegswaisen aufgewendet hat, hat er seine Tätigkeit nunmehr beendigt.

Es ist eine Dankspflicht gegenüber den Spendern, die in der Hauptsache der hiesigen Bürgererschaft angehören, jetzt am Ende des Kriegs nochmals zu erwähnen, was dieser Verein hier alles geleistet hat.

Es gingen ein an freiwilligen Gaben 17 850,99 Mk.
Zuschüsse der Stadt 10 800 — Mk.
zusammen 28 651,90 Mk.

Hieron wurden verwendet
an Zuschußunterstützungen an bedürftige
Kriegerfrauen mit Kindern 25 637 Mk.
für die Kriegspatenschaft 2 960 Mk.
28 597 — Mk.

Rest 18,90 Mk.

welche auch noch der Kriegspatenschaft zugeführt werden.

Außer diesen Geldunterstützungen hat der Hilfsverein auf dem Gebiet der Bazarrettspflege, der Fürsorge für Kleidungsstücke für arme Kriegerkinder, durch Stricken von Strümpfen für unsere Krieger usw., noch manches Gute gewirkt. Allen Frauen Willkads die dabei mitgewirkt haben, sei daher an dieser Stelle herzlichster Dank gesagt.

Egf. Am 18. Dez. wurde zwecks Gründung eines Neugründung eines Arbeiterrats eine öffentliche Versammlung im Galthaus zur Hand einberufen. Da kein Referent erschienen war, konnte nach kurzer Aussprache zur Wahl geschritten werden. Es erhielten in geheimer Abstimmung, an welcher sich 116 Bürger beteiligten, und wurden gewählt:

- Wilhelm Gorkheimer 74 Stimmen
 - Wilhelm Eitel Maurer 68 "
 - Albert Hedel 67 "
 - Karl Schildknecht 62 "
 - Bechtle Fritz Baddiener 49 "
 - Karl Kallfah Bergbahnstr. 47 "
1. Vorsitzender des Arbeiterrats wurde Karl Kallfah gewählt.

Druck und Verleger B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Willbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Großer Weihnachtsverkauf in Spielwaren

von Rich. Pfannstiel, Willbad, Wilhelmstraße 110.

Größte Auswahl gekleideter Puppen, auch m. Cell-Köpfen
Einzelne Puppenteile.

Bälge, Köpfe, Arme, Beine, Hüften, Schuhe, Strümpfe.
Reichhaltiges Lager in eleganten Puppenkleidern und Hüten in allen Größen, sowie auch Baby-Kleidung.

Kaffe-Geschirr, auch unzerbrechlich.
Koch-Herde und Koch-Geschirr, für Puppentischen in großer Auswahl, Puppenmöbel und Garnituren.

Soldaten, einzeln und in Cartons, Gewehre u. Säbel, Burgen von 1.50an.
Stückkästen und Nähkästen in allen Preislagen.

Beschäftigungs- sowie Gesellschaftsspiele, in großer Auswahl
Bilderbücher, Malbücher, Farbkästen, Wundstifte
Baukästen aus Stein, Holz und Metall

Nähmaschinen in Holz mit und ohne Einrichtung in jeder Preislage

In Christbaumschmuck

reich sortiertes Lager
Empfehle passende Weihnachtsgeschenke
in Lederwaren, Geldbeutel, Damensachen und Beuteln etc.
Mod. Briefpapier-Cassetten in schöner Auswahl.

Große Auswahl in Schmucksachen und Haarschmuck.
Bitte meine Auslage im Hause des Herrn Kuhn zu beachten.

Verkauf nur in meinem Laden Wilhelmstraße 110.

Ausnahmeis günstiges Angebot in Weihnachts-Geschenken.

- Versilberte Zigarrenetuis Mk. 6.50
- Matte " Mk. 3—
- Zigarrenetuis aus Leder Mk. 8—
- " " Bast Mk. 2.50
- Tabakbeutel aus Leder Mk. 5—
- Tabakpfeifen von Mk. 3— an.
- Reiner Tabak 100 gr. Paket Mk. 2.25
- Zigarren in 50 Stück Packung, jetzt bis 100% im Preise ermäßigt, Mk. 15 — 20 — 25 — 40
- Zigarretten in 50 Stück Packung Mk. 3— 4
- 5 — 10

im **Zigarrenspezialgeschäft**
Chr. Schmid u. Sohn
König-Karl-Strasse 71.

Sonntag den 22. Dez. von 11 bis 4 geöffnet.

Auf meiner Einkaufsreise, sicherte ich mir außer einer großen Auswahl

Schneeschuhe
(angesucht schöne Hölzer)
ein größeres Quantum

Ia. Bindungen
welche der Friedensware in keiner Weise an Qualität nachstehen.
Beschäftigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Sporthaus Schrey
Pforzheim Dillsteinerstr. 3 a.
Café Heim.

Eine Wohnung

mit 2 Zimmer, Küche und Zubehör, hat bis 1. Januar oder 1. April zu vermieten.

Karl Fayler sen.
Königsbachstraße

17-18000 M

auf 1. Hypothek werden sofort gesucht.
Näheres in der Exped. d. Bl.

Musikverein Willbad

Zwecks Erweiterung unserer Musikkapelle werden noch einige Herrn, auch jüngere, zur Einnahme gesucht. Die nötigen Instrumente können gestellt werden.
J. A. Carl Kometh jun.

„Sommer frisch“

bestes Mittel zum Frischhalten der Eier, empfiehlt
Carl Wily. Gott.

Kaisernatron

feinstes verbessertes Doppelsoda (Natriumcarbonat), zum vielfältigen praktischen Gebrauch für das Militär, beste Hilfe beim Baden, Kochen und Einmachen ist zu haben bei
Carl Wily. Gott.

Fleischzulage für die Weihnachtswoche.

Infolge des gegenwärtigen starken Angebots von Schlachtvieh gewährt die Fleischverorgungsstelle für Württemberg und Solenzollern für die **Weihnachtswoche** eine Fleischzulage in Höhe der Wochenration. Der Gewichtswert der Fleischmarken für die Woche vom 23.—29. Dezember 1918 (Nr. 4) ist daher mit Zustimmung des Ernährungsausschusses auf 30 g erhöht worden.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden ersucht, hiernach das Weitere einzuleiten, insbesondere die Versorgungsberechtigten in ordentlicher Weise zu verständigen und für die richtige Berechnung der in der Weihnachtswoche abzugebenden Fleischmarken, die **gesondert** von den Marken der übrigen Wochen abgeliefert werden müssen, Sorge zu tragen.

Den 16. Dez. 1918.

D.M. Gaiser.

Geschäftsstelle d. Kommunalverbandes Neuenbürg Versorgung der bedürftigen entlassenen Krieger mit bürgerl. Anzügen.

Die Reichsbekleidungsstelle hat uns eine beschränkte Anzahl bürgerl. Anzüge zur Verfügung der aus dem Heere und der Marine entlassenen Krieger überlassen.

Anspruch auf einen Anzug haben nur solche bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften, die entgültig aus ihrem militärischen Verhältnis entlassen sind. Bedürftig ist, wer keinen noch brauchbaren bürgerl. Anzug besitzt und derart unbemittelt ist, daß er sich einen Anzug im freien Verkehr zu den dafür üblichen Preisen nicht kaufen kann.

Gesuche um Abgabe eines Anzugs sind bei den Gemeindebehörden anzubringen. Diese haben in jedem Falle die Vorlage der Militärpapiere und eines Bezugscheines zu verlangen. Die Ausfertigung einer Bedürftigkeitsbescheinigung ist mit Tinte oder Stempel in die Militärpapiere (Paß und Ueberweisungsscheine) einzutragen. Gesuchsteller, in deren Militärpapieren ein solcher Eintrag bereits enthalten ist, sind abzuweisen.

Die Gesuche unter Beischiß der Bedürftigkeitsbescheinigung und des Bezugscheines sind der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes vorzulegen, welche — wenn kein Anstand obwaltet, Anweisung zur Abgabe des Anzugs durch den Lagerhalter **P. a. u. L. Wilhelm**, Neuenbürg, erteilt. Der Verkaufspreis für einen Anzug beträgt 40 Mk.

Oberamts-Regier. Rührer.

Bedürftige Krieger, welche einen Zivilanzug nötig brauchen, wollen sich sofort melden.

Stadtschultheißenamt. Bägner.

Blaufelchen sowie Rehfleisch

leichteres gegen Fleischmarken

sind eingetroffen

Adolf Blumenthal.

Für den Weihnachtsgebrauch

empfehlen unsere reiche Auswahl in

Guten Bücher

für jung und alt

Briefpapier in Kassetten,
offen und in Klappen

Weihnachts- und Neujahrskarten

Unterhaltungs-Spiele

für jung und alt

Damen-Ziegellad

Bilder- und Postkarten Rahmen

sowie sämtliche Schreibwaren Artikel

Ferner sollte auf keinem **Weihnachtstisch** die

Wildbader Kriegs-Chronik

u. a. mit Verzeichnis der Gefallenen, Vermissten und Ausgezeichneten in diesem Kriege, fehlen.

Zu haben bei

Geschw. Plum,

neben der Sonne.

Wildbad.

Zu unserer am

Donnerstag, den 26. Dez. 1918.

im Gasthaus z. Windhof

stattfindenden

Hochzeitsfeier

erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte abends zu einem Glas Wein höflich einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen

Gg. Fr. Rau Straßenwart
Luise Haag

Trauung um 7/12 Uhr

Vom Felde zurückgekehrt

Dr. E. Maier

Facharzt für Hals-, Nas- und Ohrenleiden

Pforzheim, Jahnstr. 40.

Sprechstunden 9—11 Uhr und 3—5 Uhr.



**Geflügel- u. Kaninchen-
Züchter-Verein Wildbad**



Ueber die Weihnachtsfeiertage am 25. und 26. Dezember findet hier

im **Lindensaal**

die 3. Lokalausstellung

mit **Verlosung** statt

zu Gunsten der aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder.

Die **Verlosung** findet am 26. Dez. vorm. 11 Uhr statt und können die Gewinne von nachmittags ab abgegeben werden. Die bis 27. Dezember nachm. 1 Uhr nicht abgeholt Gewinne werden zu Gunsten der Vereinskasse verweigert.

Der Vorstand: **Carl Kometsch.**

Weihnachts-Geschenke!



10 Prozent
Rabatt

Par-

fümerie-

und

Toilette-

Artikel



Mundwasser

Bals. Mundwasser 3.50
Lohjes Mundwasser
Pergenol-Mundwasser-Tablet.
Kosmobont usw.

Zahnpasten

Kali, Alora, Chlorodont,
Pebeco usw.

Parfüme

Dralle's III 5.50 u. 4.50
Rosa Centifolia
Rokoko-Beilchen
Fascinata, Mazina
Beilchenbust 2.50
Aloma 30.—
Clata 30.— usw.

Haarwasser

Dralle's Birkenwasser
Birkenwasser
Kräuterwasser
Ramillextract
Bayum la.
(alles noch spiritushaltig)

Haaröle

Klettenwurzelöl 1.80—1.20
Blumenöl

Brillantine

in fester Form u. flüssig

Haut- u. Gesichtspflgemittel

Lohjes Lilienmilch 2.50
Gurkenmilch
Kombella-Mandellie
Kaloderma—25.—, 50.—
—75 bis 1.75
Zuhtreupulver

Crèmes

Rosea, Kombella, Via
Krajotan, Alpenblüten,
Leo Mouson, Kralla usw.

Brennlampen

gut vermindert.

Nagelpflegemittel

Stein der Weisen 2.—
Nagelplättchen 1.50
Nagelcreme 2.50—1.50
Nagelwasser
Dja-Nagellack 7.50
Nagelpoliture
Nagelpflege-Garnituren
90.— bis 4.50

Saarbürsten

25.— bis 1.75

Kleiderbürsten

12.— bis 2.20

Puder (Gesicht)

ede Farbe, feste Form und
lose,
auch hübsche Luxuspackung

R.-A.-Zeife

und Pulver

Haarentsetzungspuder

2.50 bis 1.50

Frisierkämm

8.— bis 1.20

Zahnbürsten

3.20 bis 0.80

Handbürsten

5.— bis 2.50

Rasierapparate

20.— bis 15.—
Ersatzlingen
Zugend bis 6.—

Schirme

55.— bis 34.—

Berg- und Spazierstöcke

6.— bis 2.20



10 Prozent
Rabatt

Sport-

und

Luxus-

Waren



Königliches Wasser

Stoff-Träger

6.— bis 2.50

Termosflaschen

mit Gummifolierung

17.— bis 8.50

mit und ohne Tragriemen

Wickelgamaschen

12.50— bis 7.50

auch reine Wolle

Elektrische

Taschenlampen

9.50 bis 2.—

Batterien 1.80

Photo-Apparate

Ernemann-Contessa

190.— bis 14.20

Photogr. Appar. Artikel

und Chemikalien

Entwickeln u. Copieren

Cigarren und

Cigarretten

in nur guter Qualität

Portemonnaies

nur echt Leder

Modellschlitten

Schneeschuhe

prima Hölzer

Mk. 40 — 55 — 57

Stiftöde

Tragriemen

Wäsche u. f. w.

Schneeschuh u. Model-

schlitten Verleih-

Anstalt



kauft man

bei

Chr. Schmid

& Sohn

Parfümerie- Sport-

und Photogeschäft

mit

Damenfrisier-

Spezialgeschäft.

König-Karlstraße

68 u. 71

